



Presseschau vom 17.06.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dnr-online.ru: Das Kohle- und Energieministerium der DVR führt die Kampagne zur Ausschließung von der Stromversorgung von juristischen Personen und Unternehmern, die die Zahlung für den verbrauchten Strom verweigern, fort.

Wie die Elektroabteilung des Ministeriums mitteilte, wird am 21. Juni eine großflächige Ausschließung von Unternehmen mit Rückständen in allen Städten und Ortschaften der DVR stattfinden.

„Trotz der in der Republik geltenden Gesetzgebung, einer breit angelegten Informationskampagne der Ministeriums für Kohle und Energie und offiziellen Mitteilungen, zahlen bis heute etwa 30% der Verbraucher aus der Zahl der juristischen Personen und Unternehmer für den verbrauchten Strom nicht über die Zentrale Republikanische Bank. Deshalb hat das Fachministerium keinen anderen Ausweg, als Sanktionen gegen solche Unternehmer zu verhängen“, heißt es in dem Ministerium.

Es wurde bereits eine Liste von etwa 2500 Verbrauchern aufgestellt, denen der Strom abgestellt werden wird. Die Stromversorgung solcher Verbraucher ist erst dann wieder möglich, wenn sie die gesamten Rückstände und Zahlungen für die Dienstleistungen vor der Abschaltung beglichen haben.

Das Kohle- und Energieministerium erinnert daran, dass gemäß der geltenden Gesetzgebung seit dem 1. April 2015 Zahlungen für Strom nur über die Filialen der Zentralen Republikanischen Bank der DVR erfolgen. Unternehmen, die weiterhin ihre Zahlungen über Strukturen des Unternehmens DTEK oder über das Banksystem der Ukraine leisten, gelten

als Schuldner gegenüber dem Energiesystem der DVR. Solche Handlungen sind rechtswidrig und werden auf ernsthafteste Weise unterbunden werden.

Mittel, die nicht in den Haushalt der Republik eingehen, sind nicht gezahlte Löhne für die Energietechniker, Bergleute, Arbeitskollektive anderer benachbarter Branchen, Hinterziehung von Steuern.

Juristische Personen und Unternehmer, die auf dem Territorium der DVR tätig sind, sind verpflichtet, sich an die Filialen des republikanischen Unternehmens „Regionales Energieversorgungsunternehmen (REK)“ zu wenden, die es in allen Städten der DVR gibt, um den Vertrag zur Energielieferung umzuschreiben und die Rechnungen für Stromlieferungen müssen die Zentrale Republikanische Bank erfolgen.

Das Republikanische Unternehmen „REK“ wurde am 22. Dezember 2014 auf Erlass des Kohle- und Energieministeriums der DVR gegründet und ist das einzige Unternehmen der DVR, mit dem Verträge über Stromlieferungen für Verbraucher aller Eigentumsformen, öffentliche Betriebe und die Bevölkerung erfolgen können.

(Anm. d. Übers: Es handelt sich hier nicht um Stromabschaltungen für Privatpersonen, es geht um Unternehmen, die nach wie vor für den Strom nicht an die DVR, sondern an das dem ukrainischen Oligarchen Achmetow gehörende Energieunternehmen DTEK zahlen.)

Dnr-online.ru/Dan-news.info/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums der DVR: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin vom 16.6. (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Die Lage in der DVR bleibt weiterhin angespannt.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 385 Mal das Territorium der Republik beschossen. Der Gegner schoss 22 152mm-Artilleriegeschosse, 144 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 120 des Kalibers 82mm ab. Außerdem wurde mit Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Beschossen wurden die folgenden Ortschaften: **Sajzewo, Jasinowataja, Wesjoloje, Dokutschajewsk, Krasnogorowka, Sachanka, Kominternowo, Sosnowskoje, der Petrowskij-Bezirk und der Flughafen der Stadt Donezk.**

In der Folge eines Mörserbeschusses von Dokutschajewsk wurden sieben Häuser beschädigt.

Die verbrecherischen Befehle zum Beschuss gaben die Brigadekommandeure: Rjabokon, Wodolaskij, Sokolow, Deljatizkij, Wojkolow, Sabolotnyj.

Alle Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen haben wir den Vertretern der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben.

Nach Angaben unserer Aufklärung schoss gestern Abend aus Richtung Kurachowo eine Batterie 152mm-Haubitzen der 10. Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte provokativ auf Wohnhäuser in Krasnogorowka (auf ukrainisch besetztem Gebiet) und auf unsere Positionen im Gebiet von Staromichajlowka.

Diese Batterie beschoss von der Flanke die Positionen des nationalistischen Bataillons „Ajdar“, das im Verantwortungsbereich der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte stationiert ist, und maskierte dies als eine angebliche Erwiderng des Feuers durch unsere Artillerie.

Ebenfalls beschossen heute morgen gegen 7:00 Soldaten der Abteilung „Dnjepr“ mit Schusswaffen ein neunstöckiges Haus, in dem zeitweise Soldaten der ukrainischen Streitkräfte untergebracht sind. Ursache der Beschüsse ist der Unwillen der Kämpfer Kolomojskij, die Befehle Poroschenkos zu erfüllen.

Die angeführten Beispiele bestätigen die Fakten der wachsenden Konfrontation zwischen den ukrainischen Streitkräften und nationalistisch eingestellten Bataillonen entlang der Kontaktlinie.

Meinerseits möchte ich unterstreichen, dass die gesamte schwere Technik der Streitkräfte der DVR an Lagerorte abgezogen ist, dies bestätigen die Berichte der OSZE-Mission und die systematischen Kontrollen der Abzugsorte für Technik der Streitkräfte der DVR durch Vertreter der Mission.

De.sputniknews.com: Wegen Krim-Engagement: Kiew droht deutschem Politiker mit dreijähriger Haftstrafe

Andreas Maurer, LINKE-Fraktionschef im Stadtrat der niedersächsischen Kleinstadt Quakenbrück, ist offiziell von der Bundesregierung gerügt worden für seine Reise auf die Krim. Nun hat sich auch der ukrainische Botschafter in Deutschland eingeschaltet und droht mit drei Jahren Gefängnis, falls Maurer je die Ukraine besuchen sollte.

Herr Maurer, nachdem Sie erst ein Schreiben vom Auswärtigen Amt bezüglich Ihrer Krimreise erhalten haben, hat sich nun auch der ukrainische Botschafter zu Wort gemeldet. Was hat er verkündet?

Der ukrainische Botschafter hat sich zu Wort gemeldet und hat in der Osnabrücker Zeitung angekündigt, dass falls ich in die Ukraine reisen sollte, ich mit Ermittlungen gegen mich und einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren rechnen muss.

Das heißt, Sie müssen damit rechnen, dass Sie verhaftet werden, wenn Sie in die Ukraine reisen?

Der Botschafter hat darauf hingewiesen, dass der Grenzbeamte die Möglichkeit hat, mich auszuweisen bzw. gar nicht erst ins Land zu lassen. Außerdem hat er den Punkt angeführt, dass ich damit rechnen muss, dass ich verhaftet werde und gegen mich ein Verfahren eröffnet wird.

Setzt sich die Bundesregierung nicht ein für Sie als deutscher Parlamentarier?

Ich hoffe, dass man als deutscher Staatsbürger Schutz vom Auswärtigen Amt erhält. Ich habe die Bundesregierung und das Auswärtige Amt zu einer kurzen Stellungnahme aufgefordert. Ich werde auch eine Anfrage an das Auswärtige Amt stellen bezüglich meiner für das nächste Jahr geplanten Reise nach Odessa. Ich habe schon vor langer Zeit eine Einladung bekommen, um in meiner Funktion als Gewerkschaftsvertreter auf einer Gedenkfeier des Gewerkschaftshauses zu sprechen. Denn am 2. Mai 2014 sind 48 Menschen ums Leben gekommen, davon waren viele Oppositionelle und Gewerkschafter. Gilt diese Krim-Regelung eigentlich für alle oder nur für Sie als Politiker? Also würde ich auch verhaftet werden, wenn ich in die Ukraine reise, nachdem ich die Krim besucht habe?

Ich vermute, man muss mit Verhaftungen rechnen. Man weiß ja nicht, wer auf der Liste steht. Bei mir ist das offensichtlich geworden. Doch auch andere Mitglieder der Delegation, mit der ich auf der Krim war, sind unsicher und haben ihre Urlaubspläne nach Odessa bzw. in die Ukraine abgebrochen, da die Angst vor politischer Verfolgung sehr groß ist.

Werden Sie nie wieder in die Ukraine reisen? Botschafter Melnyk hat Sie ja auch aufgefordert, von Ihrer Resolution zur Anerkennung der Krim Abstand zu nehmen. Werden Sie das tun?

Das ist komplett absurd. Ganz im Gegenteil: Das Handeln des Botschafters und der Kiewer Regierung bestärkt mich und andere, weiterzumachen. In einem Schreiben an die Osnabrücker Zeitung hat er mich aufgefordert, dass ich mich von meinen Aussagen distanzieren soll. Ich bin ein freier Bürger und habe mir meine Meinung auf der Krim gebildet. Ich habe mit Menschen und Vertretern der Minderheiten gesprochen und ich fühle mich bestärkt in meiner Arbeit und plane, in diesem Jahr wieder auf die Krim zu reisen.

Interview: Armin Siebert



<http://cdn1.img.de>

[.sputniknews.com/images/31067/36/310673632.jpg](http://sputniknews.com/images/31067/36/310673632.jpg)

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben das Feuer auf friedliche Einwohner auf ihrem eigenen Kontroll- und Passierpunkt bei **Marjinka** eröffnet. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Heute gegen 20:00 haben ukrainische Truppen das Feuer auf zivile Einwohner eröffnet, die sich zwischen dem ukrainischen KPP „Marjinka“ und der ukrainischen Zollstation befanden. Nach vorläufigen Informationen wurden zwei friedliche Einwohner verletzt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Informationen der Quelle wurde mit Schusswaffen geschossen. „Ein Teil der friedlichen Einwohner, die versuchten, den KPP „Marjinka“ in Richtung Donezk zu passieren, waren gezwungen zurückzulaufen“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Die Ukraine wird den Winter ohne russisches Gas nicht überstehen. „Um normal zu überwintern, muss Kiew bis zu 19 Milliarden Kubikmeter Gas in seine Speicher pumpen“, erklärte Russlands Energieminister Alexander Nowak am Donnerstag in St. Petersburg.

„Rücklieferungen aus Europa würden dabei nicht ausreichen. Die Ukraine wird sich gezwungen sehen, russisches Gas wieder zu kaufen.“ Nowak erinnerte daran, dass Russland sein Gas erst nach der Anzahlung in die Ukraine pumpen wird.

Auf das Schicksal der Ostseepipeline Nord Stream 2 angesprochen, sagte der Minister, die Wahrscheinlichkeit der Realisierung dieses Projekts sei hoch. „Alle entsprechenden Beschlüsse dürften noch in diesem Jahr gefasst werden, wenngleich das Risiko einer Verschiebung des Projekts immer bleibt“, sagte Nowak.

Ukrinform.ua: Der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU hat 1569 Ausländern die Einreise verboten. Grund sei Gefahr für die nationale Sicherheit, teilte die Pressestelle des Dienstes mit.

Unter den Betroffenen sind nach Angaben von SBU 387 Staatsbürger der Ukraine. Der SBU berichtet über 367 laufende Strafverfahren, die seit dem Juni 2015 bis zum Mai 2016 eröffnet wurden. Es gebe 76 Strafverfahren wegen Landesverrats und drei wegen Spionage.

Der SBU ermittelt derzeit gegen 13 Agenten russischer Geheimdienste. Unter ihnen seien Vize-Chef des Stabs der Antiterror-Operation, Oberstleutnant der Nationalgarde weitere Militärs und Zivilisten. Zwanzig Personen seien schon verurteilt worden. Ein Mitarbeiter des

russischen Militär-Nachrichtendienstes GRU habe eine neunjährige Haftstrafe erhalten. Ein ehemaliger Pilot der ukrainischen Luftstreitkräfte müsse für zwölf Jahre und Nationalgardist für neun Jahre in Haft.

Vormittags:

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben gestern Abend und in der Nacht 28 Mörsergeschosse auf die Außenbezirke von **Donezk** abgefeuert. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Die ukrainische Seite hat in der Zeit von 21:20 bis 23:50 das Territorium des ehemaligen Donezker Flughafens, das „Volvo-Zentrum“ und **Staromichajlowka** beschossen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Insgesamt haben die ukrainischen Streitkräfte 28 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in den Gebieten von Krasnogorowka, Opytnoje und Peski.

De.sputniknews.com: (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Der russische Präsident Wladimir Putin und der Präsident der EU- Kommission, Jean-Claude Juncker, haben bei ihrem Treffen im Rahmen des 20. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums das Thema Sanktionen ausgeklammert, teilte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mit.

Juncker hatte zuvor erklärt, er habe die Absicht, sich beim Petersburger Forum mit dem russischen Staatschef zu treffen und die Frage der Sanktionen zu besprechen.

„Die Sanktionen als solche waren kein Gesprächsthema, vielmehr wurde die Situation der eingefrorenen Beziehungen, in die wir geraten sind, besprochen. Wir sind uns einig, dass man sich selbst unter Wahrung von konzeptionellen Meinungsverschiedenheiten nicht in einen derartig luftleeren Raum treiben lassen darf. Einer der russischen Teilnehmer des Forums sagte, dass wir kein ‚Business as usual‘ mehr machen können. Doch man muss Geschäfte machen und nach Berührungspunkten suchen, die den Interessen Russlands und der EU entsprechen“, sagte Peskow.

Dies sei zwar ein langer und schwieriger Prozess, doch man sei sich einig, dass es notwendig ist, nach Wegen aus der aktuellen Situation zu suchen.

Dem Kreml-Sprecher zufolge wird Moskau die Frage über die Aufhebung der verhängten restriktiven Maßnahmen aber nicht ansprechen, da sie diese nicht initiiert hat. Die russische Wirtschaft habe sich inzwischen zudem einigermaßen an die neuen Bedingungen angepasst....

Wladimir Putin hat die Europäische Union als den wichtigsten Handelspartner Russlands bezeichnet. Beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg machte sich der russische Präsident am Freitag für die Fortsetzung der gemeinsamen Forschungsprojekte stark.

Russland halte es für wichtig, die Zusammenarbeit mit den EU-Staaten an großen Forschungsprojekten fortzusetzen, sagte Putin. Er erwähnte unter anderem den Fusionsreaktor und den Röntgenlaser. Russland habe allein im vergangenen Jahr fast 1,2 Milliarden Euro in gemeinsame High-Tech-Projekte mit Europa investiert. „Durch gemeinsame Anstrengungen können Europa und Russland ihre technologische Konkurrenzfähigkeit erhöhen“...

Trotz der EU-Sanktionen ist Russland laut Präsident Wladimir Putin bereit, Europa

entgegentzukommen. Russland sei nicht nachtragend, doch die Beziehungen dürften keine Einbahnstraße sein, sagte Putin am Freitag beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg.

Putin rief dazu auf, das Vertrauen zwischen Russland und Europa wiederherzustellen. Nicht Russland sei am jetzigen Zerwürfnis und den aktuellen Problemen schuld.

„Alle unsere Handlungen waren immer ausschließlich eine Antwort. Aber wir sind nicht nachtragend, wie der Volksmund sagt. Wir sind bereit, unseren europäischen Partnern entgegentzukommen. Das kann aber keinesfalls eine Einbahnstraße sein.“

Als erster Schritt zur Wiederaufnahme der Zusammenarbeit schlug Putin vor, einen Expertendialog zwischen der Europäischen Union und der Eurasische Wirtschaftsunion in die Wege zu leiten.



<http://cdn1.im>

g.de.sputniknews.com/images/31067/87/310678730.jpg

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Aus Richtung Luganskoje wurde mit Abwehrgeschützen **Kalinowka** beschossen.

Das Gebiet von **Kalinowo** wurde aus Richtung Nowoswanowka mit Granatwerfern beschossen.

Verluste gibt es keine.

De.sputniknews.com: Die nächste Parlamentswahl in Russland findet am 18. September 2016 statt. Eine entsprechende Verordnung hat der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag unterschrieben.

Die Staatsduma setzt sich aus 450 Abgeordneten zusammen. Die Hälfte wird mittels einer Verhältniswahl bestimmt, die andere durch Direktmandate.

Mitte Mai hatte Wladimir Putin ein Gesetz unterzeichnet, das die Verlegung der Duma-Wahlen von Dezember auf September 2016 ermöglichte.

Dan-news.info: Der Betrieb von Objekten der Wasserversorgung der Städte und Bezirke der DVR wurde seit Beginn des Jahres mehr als 40 Mal in der Folge von Beschüssen von ukrainischen Truppen unterbrochen. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

„Das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft hat seit Anfang diesen Jahres 42 Fälle von Unterbrechungen des Betriebs von Objekten der Wasserversorgung in den Städten

und Bezirken der Republik in der Folge von Beschüsse ukrainischer Truppen festgestellt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Im Bauministerium wurde erläutert, dass die meisten Fälle von Unterbrechung der Wasserversorgung in Dokutschajewsk festgestellt wurden – etwa 12 Mal, dann folgt der Telemanowo-Bezirk mit 10 Fällen, Jasinowataja mit den umliegenden Dörfern – neun, Gorlowka und Jelenowka im Süden von Donezk – vier.

„Derzeit gibt es aufgrund der Kämpfe in Jelenowka im Leninskij-Bezirk von Donezk kein Wasser. Mehr als 4000 Einwohner sind ohne Wasserversorgung. Keine Wasserversorgung gibt es auch in Spartak, wo 70 Menschen leben, und im Dorf Wesjoloje mit einer faktischen Einwohnerzahl von 330“, heißt es beim Ministeriums

De.sputniknews.com: Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hat bei einem Treffen mit Russlands Präsident Wladimir Putin seine Begeisterung über die Bemühungen des russischen Staatschefs in der internationalen Arena zum Ausdruck gebracht, berichten russische Medien am Freitag. Zudem hätten Putin und Ban die Situation in Syrien besprochen.

„In meinem letzten Jahr im Amt des Uno-Generalsekretärs möchte ich meine große Begeisterung über Ihre Bemühungen in der internationalen Arena zum Ausdruck bringen“, zitiert die Agentur RT die Worte von Ban Ki Moon an Putin.

Am Vortag hatten sich Putin und Ban Ki Moon am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg getroffen.

Putin würdigte laut Kremlsprecher Dmitri Peskow seinerseits die Arbeit des Uno-Generalsekretärs.

„Insgesamt hat Putin die Arbeit von Ban Ki Moon auf dem Posten des Uno-Generalsekretärs hoch bewertet (...). In Anwesenheit von (dem Uno-Sondergesandten für Syrien – Anm. d. Red) de Mistura wurde der Syrien-Frage große Aufmerksamkeit gewidmet“ sagte Peskow im Gespräch mit Journalisten.

Am Mittwoch hatte Ban Ki Moon die besondere Rolle Russlands bei der internationalen Sicherheit betont: „Russland, das einer der Gründer der Vereinten Nationen und ein ständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrats ist, kommt eine sehr wichtige Rolle zu, und ich zähle auf seine Führungsposition“, so Ban.

Vom 16. bis 18. Juni findet in St. Petersburg das 20. Internationale Wirtschaftsforum statt. Das Forum ist eine jährliche internationale Konferenz, die sich mit Wirtschafts- und Geschäftsfragen befasst.

Ukrinform.ua: Der UN-Generalsekretär, Ban Ki-moon hat in der Ukraine mit seiner Äußerung über eine „entscheidende Rolle“ Russlands bei der Beilegung der Konflikte für Empörung gesorgt.

In Bans für das Petersburger Wirtschaftsforum vorbereiteten Rede heißt es, dass Russland die „entscheidende Rolle... bei der Lösung von dringenden globalen Problemen, von der Beendigung der Konflikte in der Ukraine und Syrien bis zu Erhaltung der Menschenrechte und zur Kontrolle der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu spielen hat, berichtet die Deutsche Welle.

„Ich bin über diese Fragestellung total empört. Ich verstehe nicht, wie der Chef der Vereinten Nationen so etwas sagen kann. Ich denke nicht mehr, dass er noch das moralische Recht hat, etwas über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu sagen“, erklärte der UN-Botschafter der Ukraine Wolodymyr Yelchenko. Er wolle einen Protestbrief an das Sekretariat der UNO schreiben.

Die von Ban Ki Moon gesprochene Rede vor dem Petersburger Wirtschaftsforum unterschied sich von dem Entwurf. Er sprach nicht über die Ukraine, doch betonte er wieder die wichtige Rolle Moskaus.

Lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Igor Plotnizkij über den Gedenktag am 17. Juni

In jeder Stadt und jeder Ortschaft des Donbass, die von dem nicht beendete Krieg betroffen ist, gibt es unvergessliche Helden, Gedenktage, freudige und traurige Daten.

Aber der 17. Juni ist ein besonderer Tag für uns alle. An diesem Tag vor zwei Jahren starben die russischen Journalisten Igor Korneljuk und Anton Woloschin. Sie kamen nach Lugansk, um die Wahrheit vom Ort der Kriegereignisse zu berichten. Sie erfüllten ehrenhaft ihre journalistische Pflicht. Genau deswegen haben die Söldner des Kiewer Regimes, das die Macht in der Folge eines verfassungswidrigen Umsturzes ergriffen hat und die eigenen Bürger mit der ATO, die Menschen auf beiden Seiten der Front schon lange „Terroristische Operation gegen das Volk“ nennen, überziehen, sie ermordet.

Daran, dass es gelungen ist, im Donbass einen Waffenstillstand zu erreichen, haben solche Ritter der Wahrheit wie Igor Korneljuk und Anton Woloschin einen großen Verdienst. Und daran, dass der Frieden so brüchig und unbeständig ist, tragen eine große Schuld die jämmerlichen Journalisten, die zum Nutzen ihrer verbrecherischen Herren und ihrer eigenen Tasche Lügen und Hass verbreiten.

Das dankbare Gedenken an die Heldentaten im Namen der Wahrheit, die Igor Korneljuk und Anton Woloschin begangen haben, wurde in der LVR nicht nur durch ein Gedenkzeichen und eine Schule mit ihrem Namen verewigt. Dieses Gedenken lebt in unseren Herzen, hilft der Jugend die richtige Wahl zu treffen. Und die Diener der Lüge und des Genozids, die in den oligarchischen Massenmedien der Ukraine ihr Unwesen treiben, erwartet, so bin ich überzeugt, die Geringschätzung und das Schicksal eines Julius Streicher.



<https://pp.vk.me/c626220/v626220053/14e40/Zd19t4Cu-1E.jpg>



[tp://lugansk.site/wp-content/uploads/2016/06/IMG_0105-827x520_c.jpg](http://lugansk.site/wp-content/uploads/2016/06/IMG_0105-827x520_c.jpg)

De.sputniknews.com: Trotz Protest aus Kiew: Ban Ki Moon bleibt bei seinen Äußerungen über Moskaus Rolle

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hat sich trotz der scharfen Kritik aus Kiew geweigert, seine Äußerung in Bezug auf Russlands Rolle bei der Regelung der Ukraine-Krise zurückzunehmen, berichtet AP unter Berufung auf seinen Sprecher.

Ban Ki Moon wird seine Äußerungen über die besondere Rolle Russlands bei der internationalen Sicherheit, darunter der Regelung der Krise in der Ostukraine, die er am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg machte, nicht dementieren. Dies erklärte der Sprecher des Uno-Generalsekretärs, Stefan Dujarric, gegenüber der Agentur RIA Novosti. Damit reagierte Dujarric auf Kritik seitens der Ukraine in Bezug auf Russland nach Ban Ki Moons Äußerungen in Petersburg.

„Tatsache ist, dass Russland, wie der Generalsekretär sagte, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates ist. Das Land spielt eine entscheidende Rolle bei dieser Arbeit, beim Reagieren auf andere ernste internationale Probleme. Ich will sagen, wir werden das, was wir gesagt haben, nicht zurücknehmen. Ich würde noch einmal dazu aufrufen, den vollständigen Text der Erklärung zu lesen“, so Dujarric.

Zuvor hatte der ukrainische UN-Botschafter Wolodymyr Jeltschenko mitgeteilt, Kiew werde der Uno eine Protestnote wegen Ban Ki Moons Äußerungen übergeben.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung des

Bereichs der Verteidigung, berichtet der ukrainische TV-Sender 5 Kanal am Freitag unter Berufung auf den Parlamentssprecher Andrij Parubij. Deshalb werde beschädigte Kriegstechnik seit zwei Monaten nicht repariert.

Der Politiker bestätigte die Informationen, wonach es aus Geldmangel unmöglich sei, Panzertechnik zu reparieren.

„Uns fehlt katastrophal das Geld für die Verteidigungsbranche“, sagte Parubij dem Sender. Zuvor hatte Pentagonchef Ashton Carter mitgeteilt, die USA seit 2014 der Ukraine über 600 Millionen Dollar für militärische Zwecke bereitgestellt hätten.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die militärische Führung der Ukraine zieht weiterhin ausländische Söldner aus den Ländern des Nahen Ostens zur Hilfe heran und verwendet Flüchtlinge aus Nordafrika, die den Wunsch geäußert haben, in der Ukraine zu bleiben, um an der Strafoperation im Donbass teilzunehmen“, sagte er.

„So leben nach Informationen unserer Aufklärung in Staniza Luganskaja derzeit 20 Familien aus Nordafrika. Man könnte die Hautfarbe als Sommerbräune betrachten, aber sie sprechen portugiesisch. Alle Männer aus diesen Familien tun Dienst in den Abteilungen der Nationalgarde der Ukraine als Mörsersoldaten und Artilleristen“, sagte der Major.

Nach den Worten des Vertreters der Verteidigungsbehörde der Republik bestätigen diese Fakten ein weiteres Mal, dass „die oligarchische Kiewer Regierung nicht die Absicht hat, einen friedlichen Dialog zu führen, sondern im Gegenteil die Situation destabilisiert, indem sie Mörder aus verschiedenen Ländern und Nationalitäten zur Hilfe nimmt“.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik an der Kontaktlinie, die durch die Minsker Vereinbarungen vorgeschrieben sind, und nutzen das Regime der Feueinstellung zur Konzentration von militärischem Potential ihrer Abteilungen in der Zone der sogenannten „ATO“.

So sind nach Angaben unserer Aufklärung im Verantwortungsbereich der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Werchnebogdanowka und Bolschaja Tschernigorwka (Staniza-Luganskaja-Bezirk) 25 Mehrfachraketenwerfer „Grad“ eingetroffen. Die Technik wurde außerhalb der Ortschaften versteckt in einem Waldstück stationiert“, teilte Marotschko mit.

„Außerdem wurde im Südosten von Nowoswanowka, im Verantwortungsbereich des 10. Bataillons der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte eine Konzentration von sechs T-64-Panzern und zwei Einheiten Panzertechnik entdeckt“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Kreml warnt vor Sturz Assads

Ein gewaltsamer Regimewechsel in Syrien würde die Region ins Chaos stürzen und den Antiterrorkampf erschweren. Mit diesen Worten reagierte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow auf Berichte, laut denen mehr als 50 amerikanische Diplomaten von Präsident Barack Obama einen direkten US-Waffengang gegen Syriens Präsident Baschar al-Assad gefordert haben sollen.

Moskau könne Aufrufe zu gewaltsamen Umstürzen nicht akzeptieren, sagte Peskow. „Die Liquidierung dieses oder jenes Regimes würde kaum den Kampf gegen den Terrorismus vorantreiben. Das würde die Region in das volle Chaos stürzen.“

US-Medien hatten berichtet, dass mehr als 50 Diplomaten der mittleren bis gehobenen Ministeriumsebene in einem Brief den Einsatz von Raketen, Drohnen und notfalls auch der US-Luftwaffe gegen Assads Truppen gefordert hätten. Der Washingtoner

Außenamtssprecher John Kirby bestätigte laut Medien, dass eine Gruppe von Diplomaten in einer Note ihre abweichende Meinung an die Ministeriumsleitung übermittelt habe....

De.sputniknews.com: Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen die russische Schwarzmeerhalbinsel Krim um weitere zwölf Monate, bis zum 23. Juni 2017, verlängert. Der EU-Rat begründete die Entscheidung mit der Nichtanerkennung des Beitritts der Halbinsel zu Russland...

Dnr-online.ru/youtube-Seite des Verteidigungsministeriums DVR: Pressekonferenz des Kommandeurs des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR Generalmajor Denis Sinenkow (Zusammenfassung mehrerer Meldungen - Wochenbricht)

Im Zeitraum vom 11. bis 17 Juni wurden in den untergeordneten Teilen und Einheiten alle Maßnahmen gemäß dem Plan zur militärischen Ausbildung durchgeführt.

Im Verlauf der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen täglich die Städte und Dörfer der DVR beschossen. Insgesamt haben die Strafruppen 3697 Mal das Territorium der Republik beschossen, darunter 2360 Mal mit schweren Waffen. Ich lenke die Aufmerksamkeit auf das Anwachsen der Zahl der Verletzungen der Feuereinstellung unter Anwendung von verbotenen Waffen. Allein mit Artillerie des Kalibers 152mm beschoss der Gegner 395 Mal Ortschaften der Republik.

Die Zunahme der Anwendung von schwerer Artillerie durch die Strafruppen erfolgte auf dem Hintergrund des am 15. Juni in Minsk durchgeführten Treffens der Kontaktgruppe.

Aber dies hat die verbrecherischen Befehle des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte nicht gestoppt, das im Gefühl seiner Straflosigkeit die Beschüsse des Territoriums der DVR in dieser Woche noch verstärkt hat. Durch Beschüsse der ukrainischen Truppen wurden sechs friedliche Einwohner verletzt. Die Verluste in den militärischen Strukturen der DVR betragen drei Tote. Außerdem wurden in der Folge der Beschüsse durch die ukrainischen Kriegsverbrecher 70 Häuser in Dokutschajewsk, Sajzewo, Gorlowka, Donezk, Makejewka, Staromichajlowka, Sachanka, Nabereshnoje, Kominternowo beschädigt.

Alle Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden an Vertreter der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben. In Bezug auf jeden Vorfall haben die Ermittlungsorgane der Republik Strafverfahren eröffnet, die vom Oberhaupt der DVR geschaffene gesellschaftliche Kommission führt eine Sammlung von Beweisen der Beteiligung konkreter Kommandeure am Tod friedlicher Einwohner und an der Zerstörungen von Wohnhäusern durch, um Anträge an den internationalen Strafgerichtshof zu stellen und die Bestrafung der Schuldigen vorzubereiten.

Während sie unbarmherzige Artillerieschläge auf die Städte und Dörfer der Republik durchführen, konzentrieren die Strafruppen gleichzeitig ihre Gruppierungen in der Zone des militärischen Konflikts.

So hat unsere Aufklärung eine Zunahme der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte und von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen an der Kontaktlinie festgestellt:

- in Richtung Gorlowka – 24 152mm-Haubitzen „Msta-B“, zehn 122mm-Haubitzen D-30, 24 Panzer, drei 122mm-Artilleriegeschütze, 13 Mörser des Kalibers 120mm und ein Bataillon Personal des „Rechten Sektors“;
- in Richtung Donezk – drei 152mm-Haubitzen „Msta-B“, zehn 122mm-Haubitzen D-30, 14 Panzer, 18 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“, 16 Mörser des Kalibers 120mm und 120 Mann;
- in Richtung Mariupol – acht 152mm-Artilleriegeschütze, 14 122mm-Haubitzen D-30, sechs Mörser des Kalibers 82mm und ein Bataillon der 30. mechanisierten Brigade, das zur Rotation des 3. Bataillons der 72. Brigade eingetroffen ist.

Im Verlauf der Arbeit der OSZE-Vertreter auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium wurde das Fehlen folgender Waffen in den Lagerorten festgestellt:

- 29 10mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
- vier Mörser des Kalibers 82mm;
- ein Panzer.

Außerdem haben die OSZE-Beobachter in Priwolnoje die Stationierung von vier Haubitzen (2A65 „Msta-B“, 152mm) bemerkt.

Außerdem stellt unsere Aufklärung in der „ATO“-Zone die Unfähigkeit des militärischen

Kommandos der Ukraine fest, die eigenen Truppen und die bewaffneten nationalistischen Formationen zu lenken. Gemäß einem Erlass des Stabs der „ATO“ wurden den Kommandeuren der 53., der 54. mechanisierten und der 58. Panzergrenadierbrigade, der 128. Gebirgsjäger- und der 10. Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte die Aufgabe gestellt, von der Flanke, entlang der Kontaktlinie, das Feuer auf die Positionen der Kämpfer des „Rechten Sektors“ zu eröffnen, um ihnen möglichst großen Schaden zuzufügen, angeblich durch die Kräfte der Volksmiliz der DVR.

So betrogen in der Folge des Eigenbeschusses der ukrainischen Streitkräfte bei Awdejewka im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadierbrigade in der Zeit vom 12. bis 13. Juni die Verluste des „Rechten Sektors“ vier Tote und zwölf Verletzte. Außerdem wurde festgestellt, dass in der Folge von Säuberungen unter den Kämpfern des „Rechten Sektors“ eine Abteilung des 24. Bataillons „Ajdar“ zufällig unter das Feuer des 16. Bataillons der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte geriet, das Ergebnis war der Tod von zwei Soldaten. Am 15. Juni wurde von unserer Aufklärung ein Beschuss von den Positionen der 10. Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte aus Kurachowo auf im Verantwortungsbereich der 14. „blutigen“ Brigade der ukrainischen Streitkräfte stationierte Nationalisten festgestellt. In der Folge des Artilleriefeuers mit 152mm-Haubitzen wurden einige Kämpfer des „Rechten Sektors“ getötet. Die gesamten Verluste in der Folge von „Säuberungen“ der ukrainischen Nationalisten betragen 18 Tote und mehr als 25 Verletzte. Diese Zahlen können überprüft werden, wenn man die offiziellen Erklärungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte mit den Daten vergleicht, die auf der Seite der „Barmherzigen Schwestern der ATO“ im sozialen Netz bezüglich der Einlieferung von verletzten Soldaten in eine medizinische Einrichtung in Charkow veröffentlicht sind. Der Unterschied zwischen den Ziffern unterstreicht eines – die militärische Führung hält die Kämpfer des „Rechten Sektors“ nicht für ihre Soldaten.

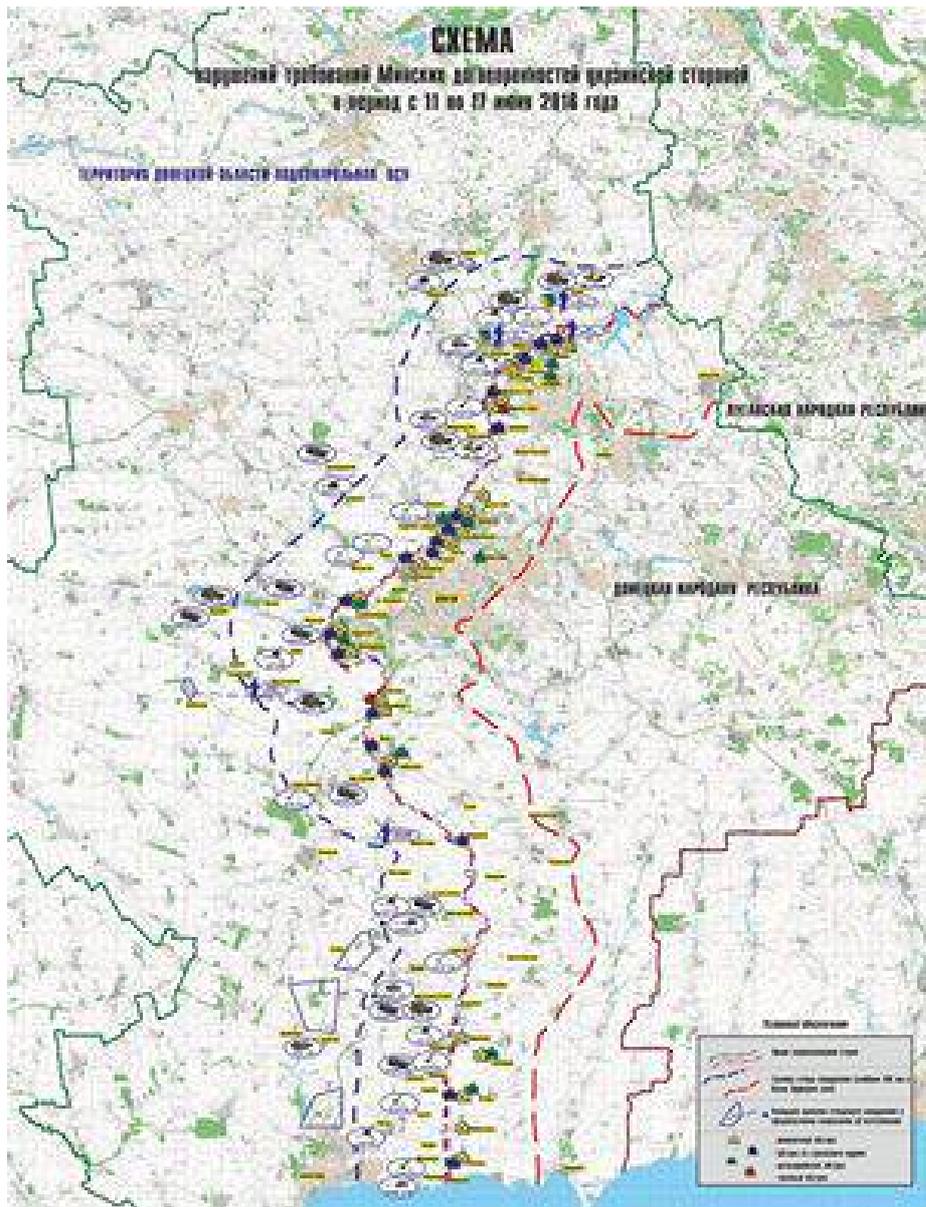
Solche radikalen Maßnahmen werden gemäß vorliegender Dokumente aus dem Stab der „ATO“ vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet, um die nicht kontrollierten Banden zu zwingen, die Waffen niederzulegen und die Konfliktzone zu verlassen.

Gemäß den Informationen unserer Aufklärung hat die militärische Führung der Ukraine ihre Ziele teilweise erreicht. Von uns wurden Vorbereitungen des Personals des „Rechten Sektors“ zum Abzug aus dem Gebiet des Butowskaja-Bergwerks aufgrund von Eigenbeschuss der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Außerdem stellt unsere Aufklärung eine Verstärkung des Kampfes gegen radikale Nationalisten innerhalb der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte fest. Insbesondere haben die Kommandeure der 128. Gebirgsjägerbrigade und der 85. Panzergrenadierbrigade Anweisungen erhalten, dass den ukrainischen Soldaten verboten ist, Abzeichen des „Rechten Sektors“ und andere Abzeichen, die ihre Zugehörigkeit zu den ukrainischen Nationalisten zeigen, zu tragen.

Die angespannte Lage in der „ATO“-Zone ist eine „Goldader“ nicht nur für die ukrainischen Oligarchen, sondern auch für die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Insbesondere wird eine Zunahme der Fälle von Unterschlagung von Mitteln durch Soldaten der 54. und der 72. mechanisierten Brigade festgestellt. In diesem Zusammenhang werden durch die Dienste im Hinterland der Brigaden die gestohlenen Mittel als Verluste durch Beschüsse von Abteilungen der Volksmiliz der DVR dargestellt. Zum Abschreiben des materiellen Eigentums wurde von den Kommandeuren der Abteilungen der o.g. Brigaden ein richtiges Schema ausgearbeitet. In erster Linie wird das Kommando der Stäbe der operativ-taktischen Gruppen über die Vernichtung von materiellen Mitteln durch Feuer vom Territorium der DVR desinformiert. Dann wird dieses Eigentum abgeschrieben und an Vertreter des örtlichen kriminellen Geschäfts weiterverkauft.

Auf diese Weise wird der schwelende Konflikt für korrumpierte Elemente in den Streitkräften der Ukraine vorteilhaft.



https://scontent.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/s526x395/13407172_249406452099358_3738351544061730189_n.jpg?oh=308d61fe6d121eb3d6ff6d097332ca9f&oe=57C2F93E

de.sputniknews.com: Die EU-Politiker sollen den Geschäftsleuten entgegenkommen, die bereit sind und mit Russland zusammenarbeiten wollen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg. Hier sollte man flexibel sein. „Wie die jüngsten Treffen mit Vertretern des deutschen und französischen Unternehmertums gezeigt haben, sind die europäischen Geschäftsleute dazu bereit und wollen mit unserem Land zusammenarbeiten. Deswegen sollten die Politiker der Geschäftswelt entgegenkommen. Sie sollten Weisheit, Weitsicht und Flexibilität an den Tag legen“, erklärte der russische Staatschef.

Es sei erforderlich, das Vertrauen in die russisch-europäischen Beziehungen zurückzubringen und die Kooperation wiederzubeleben, forderte Putin.

„Wir werden die Liberalisierung und Verbesserung des Geschäftsklimas fortsetzen. (...) Wir werden uns mit den Systemproblemen befassen, von denen es noch genug gibt. Es geht darum, die Transparenz zu erhöhen und die Beziehungen zwischen den staatlichen

Strukturen und der Geschäftswelt auszugleichen“, erläuterte der Präsident.

De.sputniknews.com: US-General will Erlaubnis zum Abschießen russischer Flugzeuge in Syrien

Die US-Luftwaffe ist bereit, die Bildung von Flugverbotszonen in Syrien zu sichern, dafür sollen sie russische Flugzeuge abschießen dürfen, wie der stellvertretende Generalstabschef der US Air Force David Goldfein am Donnerstag im Senat sagte.

Während seines Auftritts im Streitkräfteausschuss des US-Senats, wo seine Ernennung zum Generalstabschef der US-Luftwaffe behandelt wurde, betonte Goldfein, dass für die Bildung einer Flugverbotszone drei Vorbedingungen notwendig seien. Die erste sei die Erlaubnis, alle Flugzeuge abzuschießen, die die Flugverbotszone verletzen.

„Da der IS keine Flugzeuge hat, heißt das, dass ich eine Genehmigung haben muss, russische und syrische Flugzeuge abzuschießen“, präzisierte Goldfein.

Zweitens sollen „lokale Kräfte“ im Bereich der Flugverbotszone „am Boden“ operieren, die die Situation kontrollieren und den Flüchtlingen die erforderliche Hilfe leisten könnten, so Goldfein.

Drittens solle das Engagement der Luftwaffe zwischen der Flugverbotszone und der Anti-Terror-Operation richtig verteilt werden.

„Falls diese drei Fragen beantwortet werden, sind wir imstande, das zu tun (die Flugverbotszone zu sichern)“, sagte Goldfein.

Zuvor war die US-Regierung gegen Flugverbotszonen in Syrien gewesen. „Das wird zweifellos Bodentruppen einbeziehen, und dies entspricht nicht den Interessen der nationalen Sicherheit“, sagte der Pressesprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest, auf einer Pressekonferenz.

Die USA und die syrische Opposition werfen den syrischen Behörden vor, Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung zu führen. Laut der syrischen Regierung fliegt die syrische Luftwaffe Luftschläge ausschließlich gegen Terroristen.

De.sputniknews.com: Putin einig mit Poroschenko: OSZE-Mission im Donbass kann verstärkt werden

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mitgeteilt, dass er mit seinem ukrainischen Kollegen Petro Poroschenko darüber einig ist, dass die OSZE-Mission im Donbass verstärkt werden muss, bis hin zu ihrer Bewaffnung.

„Ich bin einig mit Petro Alexejewitsch (Poroschenko – Anm. d. Red.) darüber, dass die OSZE-Mission verstärkt werden muss, bis hin zu der Möglichkeit, dass die Beobachter Schusswaffen mit sich führen“, sagte Putin beim Petersburger Wirtschaftsforum.

Zuvor hatte die Pressestelle des ukrainischen Präsidenten mitgeteilt, dass die Teilnehmer der Telefonverhandlungen im Normandie-Format (Russland, Deutschland, Frankreich, Ukraine – Anm. d. Red.) auf höchster Ebene „die Unterstützung für die Entfaltung einer Polizeimission der OSZE im Donbass geäußert und entsprechende Beratungen aufgenommen haben“.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sagte, dass die führenden Mitglieder des Normandie-Quartetts die Frage der Bewaffnung der OSZE-Beobachtermission und nicht die Schaffung einer Polizeimission im Donbass erörtern. Ihm zufolge geht es um die Kontaktlinie. Außerdem sei die Zustimmung der Donbass-Vertreter wichtig.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin bedauert die Vorfälle mit den Fußballfans bei der EM-2016 in Frankreich, betont aber, dass alle Täter gleich behandelt werden müssen.

„Zurzeit findet die Fußball-Europameisterschaft statt. Meiner Ansicht nach achtet man schon weniger auf den Fußball als auf die Schlägereien der Fans. Das ist sehr traurig, und ich

bedauere es. Aber auch hier müssen wir immer von allgemeinen Kriterien ausgehen. Und auch die Verantwortung muss maximal personifiziert werden. Alle Täter müssen gleich behandelt werden“, sagte Putin beim Petersburger Wirtschaftsforum.

„Es ist bekannt, womit die Meisterschaft begonnen hat – mit der Schlägerei zwischen russischen und englischen Fans. Also das ist eine absolute Schweinerei. Ich weiß zwar nicht, wie 200 von unseren Fans Tausende Engländer verkloppt haben, aber in jedem Fall müssen die Ordnungskräfte alle Täter gleich behandeln“, betonte der russische Staatschef.

De.sputniknews.com: Putin: Moskau zu Arbeit mit Regierung in Kiew bereit – wenn demokratisch gewählt

Wenn die heutige Regierung in der Ukraine demokratisch an die Macht gekommen wäre, dann hätte Moskau mit Kiew auch ganz ruhig zusammengearbeitet, sagte der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag in St. Petersburg.

„Warum unterstützte man den Staatsstreich in der Ukraine? Ich habe oft darüber gesprochen. Die innenpolitische Situation im Land ist schwer. Und wahrscheinlich hätte die Opposition, die jetzt an der Macht ist, auch demokratisch an die Macht kommen können. In dem Falle hätten wir mit ihnen genauso zusammengearbeitet, wie wir das auch mit der Regierung unter Janukowitsch getan hatten. Aber man ließ es stattdessen zu einem Staatsstreich mit Opfern, blutigen Ereignissen und zu einem Bürgerkrieg kommen und versetzte die russischsprachige Bevölkerung im Südosten der Ukraine und auf der Krim in Angst“, sagte Putin.

Nachdem Russland gezwungen war, so Putin weiter, Maßnahmen zum Schutz gewisser Bevölkerungsgruppen zu ergreifen, habe Kiew angefangen, die ohnehin angespannte Situation noch weiter zu verschärfen.

„Aus meiner Sicht wird das unter anderem gemacht, um die Existenznotwendigkeit der Nato zu begründen. Man braucht einen äußeren Gegner, einen Feind, wozu sonst braucht man diese Organisation: es gibt den Warschauer Pakt und die Sowjetunion nicht mehr. Gegen wen?“, schloss Putin.

De.sputniknews.com: Der Leichtathletik-Weltverband IAAF wird die vorläufige Suspendierung der russischen Leichtathletikföderation ARAF nicht aufheben und somit den russischen Sportlern verbieten, bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro unter der Flagge ihres Landes aufzutreten, schreibt der Journalist der Zeitung Guardian Owen Gibson in seinem Twitter-Profil....

[Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat die Verlängerung von EU-Sanktionen die Krim begrüßt.](#)

[Der Staatschef schrieb auf seiner Facebook-Seite weiter, er wolle sich jetzt um eine ähnliche Entscheidung bezüglich der Verlängerung der Sanktionen gegen Russland bemühen. „Wir werden weiter kämpfen, bis Russland die ukrainische Krim und den ukrainischen Donbass zurückgibt“, so der Staatschef.](#)

[Der EU-Rat hat am Freitag Strafmaßnahmen gegen die vor Russland annektierte ukrainische Halbinsel Krim um ein Jahr, bis zum 23. Juni 2017, verlängert.](#)

De.sputniknews.com: Sanktionen gegen die Krim: Vom Importverbot bis zur Tourismusbranche

Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen die russische Schwarzmeerhalbinsel Krim um weitere zwölf Monate, bis zum 23. Juni 2017, verlängert.

„Diese restriktiven Maßnahmen betreffen EU-Residenten und Unternehmen, die sich in der Europäischen Union befinden. Sie begrenzen sich auf die Gebiete der Krim und Sewastopols“, heißt es in dem EU-Dokument.

Die verlängerten Sanktionen betreffen das Import-Verbot von Produkten, die auf der Krim oder in Sewastopol erzeugt wurden, in die EU. Auch Investitionen auf dem Territorium der Schwarzmeer-Halbinsel oder Sewastopols sind streng verboten. Das heißt, EU-Bürger und Unternehmen mit Sitz in der Union dürfen weder Immobilien noch Betriebe auf der Krim kaufen noch Unternehmen der Halbinsel finanzieren.

Es wird des Weiteren ein Verbot für den Export von Waren und Technologien verhängt, die für Unternehmen auf der Krim gedacht sind, darunter in den Sektoren Verkehr, Telekommunikationen und Energie. Die restriktiven Maßnahmen betreffen auch die Gewinnung, Förderung und Herstellung von Öl-, Gas- und Mineralien-Produkten.

Auch Reisebüros in der EU dürfen keine Geschäfte mit der Krim oder Sewastopol machen. Die Häfen der Halbinsel dürfen nicht von in der EU beheimateten Schiffen angelaufen werden, außer in Notfällen.



<http://>

cdn2.img.de.sputniknews.com/images/31070/14/310701431.jpg

Abends:

De.sputniknews.com: Putin: Russland würde Sanktionen als erster aufheben, wenn der Westen das gleiche tut

De.sputniknews.com: Russland hat mit der wachsenden Popularität der nationalistischen Bewegungen in Europa nichts zu tun, wie der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag in einer Pressekonferenz nach seinem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi sagte.

Auf die Frage eines italienischen Journalisten sagte Putin: „...In Europa bildet sich eine Denkschablone, laut der Russland angeblich irgendwelche nationalistische Parteien

unterstützt und besondere Beziehungen mit ihnen unterhält. Ich habe meinen europäischen Freunden schon vor langer Zeit, vor zehn Jahren gesagt, dass die nationalistischen Bewegungen und Parteien aufgrund der von ihnen betriebenen Politik unvermeidlich an Popularität gewinnen werden. So geschieht es auch wegen des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen und Migranten. Wir (Russland Anm. d. Red.) haben nichts damit zu tun“, so Putin.

Der russische Präsident fügte hinzu, die Hilfe für die Flüchtlinge sei eine delikate humanitäre Frage. „Die Menschen, die vor einem Krieg fliehen, brauchen Hilfe. Klar ist aber auch, dass jedes Land bei der Gewährung solcher Hilfe vor allem an seine Bürger denken muss. Wir wollen uns in diese Angelegenheiten nicht einmischen“, sagte Putin.